

„Wer Israel kritisiert, ist nicht gleich Antisemit“

Abbas-Berater Frangi fordert deutliche Worte deutscher Politiker gegenüber Israel – Marshallplan für Palästinenser?

Von Dirk Fisser

OSNABRÜCK. Als persönlicher Berater von Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas wirkt Abdallah Frangi mit am Versöhnungsprozess von Fatah und Hamas. Im Interview fordert er deutsche Politiker auf, Israel deutlicher zu kritisieren.

Herr Frangi, Vizeregierungssprecher Georg Streiter hat gestern den israelischen Siedlungsbau als „verheerende Botschaft“ bezeichnet. Das sind verhältnismäßig deutliche Worte, reicht Ihnen das?

Die Aussage ist zwar zu begrüßen. Aber es wäre wirkungsvoller gewesen, wenn es Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Funktion als deutsche Regierungschefin gesagt hätte.

Bei der Aufnahme der Palästinenser in die UNESCO hat Deutschland gemeinsam mit den USA gegen einen Beitritt votiert ...

Es tut mir sehr leid für die wenigen Staaten, die dage-

gen waren. Deutschland und die USA haben den Standpunkt des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu adaptiert, haben sich hinter ihn gestellt, ohne zu hinterfragen. Die UNESCO kümmert sich um Kultur. Wir wollen nicht in ein militärisches Bündnis. Würden diejenigen, die gegen unseren Beitritt gestimmt haben, sich mit unserer Kultur auseinandersetzen, würden sie Schamgefühl empfinden.

107 Mitgliedstaaten haben für eine Aufnahme gestimmt, nur 14 waren dagegen. Auf der anderen Seite kommen Sie beim Thema Vollmitgliedschaft nicht voran, weil Sie spätestens am Widerstand der USA scheitern würden. Ist das nicht frustrierend?

Auch bei den Vereinten Nationen haben wir eine Mehrheit hinter uns in Sachen Vollmitgliedschaft. Und selbst im Weltsicherheitsrat mit seinen 15 Mitgliedern haben wir acht Staaten, die für uns gestimmt haben. Das ist ebenfalls eine Mehrheit. Wir



Abdallah Frangi Foto: Parton

werden weiterhin bei den UN anklopfen. Dazu werden wir die Bühne Vollversammlung nutzen.

Das nützt aber alles nichts, wenn die USA Sie nicht aufnehmen wollen ...

Ja, und das ist ziemlich bedauerlich. Denn US-Präsident Barack Obama hat seinen Standpunkt revidiert. Vorher hatte er vor aller Welt gesagt, dass die Bildung eines palästinensischen Staates im nationalen Interesse der USA liege. An dieser Aussage halten wir fest und werden ihn daran erinnern. Auch wenn er momentan Angst hat und sich Sorgen macht, wiedergewählt zu werden.

Nicht nur die USA haben Sie derzeit nicht auf Ihrer

Seite, auch Deutschland unterstützt Sie nicht.

Ich bin mir sicher: Das Verhalten der Regierung spiegelt nicht die Meinung des deutschen Volkes wider. Die Mehrheit unterstützt die Vollmitgliedschaft für die Palästinenser. Die Deutschen haben in ihrer Mehrheit verstanden, dass die Palästinenser einen Anspruch auf einen eigenen Staat haben.

Was fordern Sie von den deutschen Politikern?

Es ist wichtig, dass sich europäische und deutsche Politiker unabhängig machen von dem Wunschdenken der radikalen Kräfte in Israel. Wer sich kritisch zur israelischen Besatzungspolitik im Nahen Osten äußert, ist nicht gleich Antisemit. Es würde helfen, wenn man den Israelis als Freund sagen würde: Eure Politik ist inakzeptabel. Immer nur das Bedauern ausdrücken reicht nicht. Vor allem dann nicht, wenn man zwei, drei Tage später in den Nachrichten hört, dass Deutschland ein weiteres U-Boot an Israel liefert.

Die Spaltung der Palästinenser in Hamas und Fatah macht die Sache für westliche Politiker aber nicht gerade einfacher.

Die Annäherung läuft zu langsam. Das muss schneller gehen. Ohne Einheit der Palästinenser, ohne die Einheit von Hamas und Fatah wird es keinen Palästinenserstaat geben. Die Weltgemeinschaft muss uns bei dieser Versöhnung unterstützen.

2012 soll in Palästina erneut gewählt werden.

Glauben Sie wirklich daran, dass eine stabile Demokratie aus der Wahl hervorgehen wird?

Wir müssen diese Wahl sehr gut vorbereiten. Ich plädiere für eine Übergangsregierung aus Experten, die die Vorbereitungen trifft ... ähnlich wie in Italien. Fest steht: Wer gewählt wird, muss akzeptiert werden – egal, ob er aus den Reihen von Hamas oder Fatah kommt.

Aber nehmen wir an, Hamas wird Teil einer Regierungskoalition: Wäre diese

Regierung dann außenpolitisch nicht ein zahnlöser Tiger, wenn beispielsweise die USA oder auch Deutschland Verhandlungen mit Hamas grundsätzlich ablehnen?

Deutschland und die USA sind sicherlich Geldgeberländer für uns. Das heißt aber nicht, dass sie den Palästinensern vorschreiben können, wen sie zu wählen haben. Israel werden diesbezüglich auch keine Vorschriften gemacht. Dieser Maßstab muss auch für die Palästinenser gelten.

Für 2012 planen die UN über 400 Millionen Dollar an Hilfgeldern ein. Kann ein Palästinenserstaat langfristig überhaupt ohne derartige internationale Hilfe existieren?

Deutschland hätte nach dem Zweiten Weltkrieg ohne den Marshallplan nicht überlebt. Wir sind in einer ähnlichen Situation. Wir brauchen beim Aufbau Hilfe. Man müsste sich auf eine Art Marshallplan für Palästina verständigen.

